



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Interpellation der SVP-Fraktion: Intoleranz tolerieren?
Koranverteilungen im Baselbiet?**

Autor/in: [Thomas Weber](#)

Mitunterzeichnet von: Brunner, Epple, Gaugler, Hartmann, Hasler, Kämpfer, Klauser, Mall, Moos, Ringgenberg, Sollberger, Stohler, Straumann, Strub, Thüring, Weibel, Wenger, Willimann, Wirz, Wullschlegler

Eingereicht am: 24. Mai 2012

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Verschiedene Medienberichte (u.a. [Tagesschau vom 03.05.2012](#)) machten in letzter Zeit auf verstärkte Aktivitäten islamistischer Fundamentalisten in unserer Region aufmerksam. Aktionen zur Koran-Verteilung, bei denen Finanzierung und Initianten im Dunkeln bleiben, stellen eine neue und aggressive Art totalitär-religiöser Propaganda dar, vor der das Baselbiet bisher verschont geblieben war.

Unter anderem werden Schülerinnen und Studierende von Kollegen oder Drittpersonen aufgefordert, ihre Adresse zu hinterlassen, "damit ihnen ein Geschenk zugeschickt" werden könne. Beim "Geschenk" handelt es sich um eine Koranübersetzung mit einem Begleitbrief, der unter anderem "jedem Menschen, ob Jude oder Christ" in Aussicht stellt: "Wer den Islam nicht annimmt, wird ein Bewohner des Höllenfeuers sein". Die Webadressen auf dem Begleitbrief führen zum gleichen in Deutschland wohnhaften islamistischen Prediger, der im Tageschaubeitrag vom 03.05.2012 als radikaler, im Visier des deutschen Staatsschutzes stehender Salafist erwähnt wird.

Mit grossen Opfern haben unsere Vorfahren in der Ära der Aufklärung und der Revolutionen gegen geistliche und weltliche Tyrannen (christlichen Glaubens) den demokratischen Rechtsstaat erkämpft. Heute sind Kirche und Staat in der Schweiz weitgehend getrennt, und es geht die Geistlichkeit zum Glück nichts mehr an, wie wir als Einzelne politisch denken, was wir essen und wie wir uns kleiden. Die Ziele derjenigen radikalen Strömungen des Islams, welche letztlich die religiös begründete Rechtsordnung der Scharia auch im Westen durchsetzen wollen, sind jedoch mit unserer demokratischen Rechtsordnung nicht vereinbar.

Es geht hier somit nicht um religiöse Gleichstellung und Toleranz, sondern um die Verteidigung unseres demokratischen Rechtsstaats gegen ein totalitäres und reaktionäres politisch-religiöses System, das bezüglich Freiheit, Gleichheit und Solidarität um Jahrhunderte rückständig ist. Wenn wir mangels Mut die Intoleranz zu tolerieren beginnen, werfen wir die Grundwerte unserer Demokratie über Bord.

Der Regierungsrat wird um schriftliche Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die Lage bezüglich religiösem Extremismus in der Nordwestschweiz im Allgemeinen und im Kanton Basel-Landschaft im Besonderen? Stellt er fest, dass islamistische Propagandaaktionen zunehmen?
2. Sind Koran-Verteilungsaktionen bewilligungspflichtig? Falls nein, warum nicht? Falls ja, wer ist für eine Bewilligung zuständig und welche Voraussetzungen liegen einer Bewilligung zu Grunde?
3. Hat der Regierungsrat Kenntnis von Koranverteilungen an und im Umfeld von Baselbieter Schulen sowie der Fachhochschule FHNW und der Universität Basel? Falls ja, was meint er dazu?

4. Welche rechtlichen Grundlagen bestehen, um totalitäre Propaganda zu unterbinden?
5. Verfügen die Sicherheitskräfte über ausreichend Mittel und Möglichkeiten zur Früherkennung, zur präventiven Verhinderung und gegebenenfalls zur aktiven Bekämpfung aggressiver religiöser Propaganda?
6. Falls heute die Mittel und Möglichkeiten der Sicherheitskräfte nicht ausreichen sollten, welche rechtlichen und organisatorischen Grundlagen wären erforderlich?
7. Welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Landeskirchen und Staat zum Zweck der Verhinderung islamistischer Propagandaaktionen sieht der Regierungsrat?